

Das ›Sozialistengesetz‹

Das ›Sozialistengesetz‹, das vom 22. Oktober 1878 bis zum 30. September 1890 im Deutschen Reich Gültigkeit besaß, prägte die Erinnerung sowohl des bürgerlichen Nationalismus als auch der Sozialdemokraten nachhaltig. Als Begriff für eine Ära gebraucht, war das ›Sozialistengesetz‹ eine Mythenmaschine in einem doppelten Sinn: Der Antisozialismus der nationalen Gruppen mutierte zur Gründungserzählung nationaler Einigkeit gegen die »roten Reichsfeinde« bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Dies galt ebenfalls für die Sozialdemokraten und ihren Widerstand gegen das ›Sozialistengesetz‹, der zum heroischen Opfer- und Gründungsnarrativ schlechthin aufstieg. Darin glich das ›Sozialistengesetz‹ dem Kulturkampf und seiner Rolle für den politischen Katholizismus. So war noch 1933 fast das Äußerste, was die sozialdemokratische Parteiführung von Hitler befürchtete, ein neues ›Sozialistengesetz‹.

Die Ära des ›Sozialistengesetzes‹ stand für Vieles: für eine brutale Form der Klassenherrschaft, für Bismarcks Kampf gegen die Sozialdemokratie, für das Verbot der politischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, für den Rückbau der urliberalen Vorstellung der Rechtsgleichheit nach der liberalen Reichsgründung. Wiederum vergleichbar mit dem Kulturkampf kommen mit jeder dieser Erinnerungen unterschiedliche, ja gegensätzliche Erzählungen davon zum Vorschein, wer die Akteure waren und worum es im ›Sozialistengesetz‹ eigentlich ging: War es eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Bismarck und der Sozialdemokratie, zwischen Bismarck und den Liberalen oder zwischen dem bürgerlichen Liberalismus und der Arbeiterbewegung in Gestalt der 1875 in Gotha geeinten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD)?

Ihren Namen erhielten die zwölf Jahre von 1878 bis 1890 durch ein am 21. Oktober 1878 vom Reichstag verabschiedetes Gesetz »gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, gemeinhin genannt »Sozialistengesetz«. Es bildete den vorläufigen Höhepunkt einer längeren Tradition, die Sozialdemokratie durch Verschärfungen der Vereins- und Pressegesetze zu verfolgen. Im Jahr 1874 war ein solcher Gesetzesentwurf noch an den Widerständen der Liberalen gescheitert. Reichskanzler Otto von Bismarck nahm die beiden Attentate auf Kaiser Wilhelm I. vom 11. Mai 1878 durch Max Hödel und vom 2. Juni 1878 durch Karl Nobiling zum Anlass, die Sozialdemokraten der geistigen Mittäterschaft zu beschuldigen, obwohl ihm das Gegenteil bekannt war. Nachdem ein erster Entwurf für ein ›Sozialistengesetz‹ im Mai 1878 noch mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt worden war, schwächten die nach dem zweiten Attentat angesetzten Neuwahlen zum Reichstag die Nationalliberalen und stärkten gleichzeitig die Konservativen. Die Nationalliberalen verloren bei den Reichstagswahlen 1878 29 Abgeordnetenmandate und fielen von 128 auf 99 Mandate ab (von 27,2% auf 23,1%), während die freikonservative Deutsche Reichspartei ihr Ergebnis um 19 Sitze auf 57 verbessern konnte (von 7,9% auf 13,6%). Die meisten Nationalliberalen ließen daraufhin ihre Einwände gegen die rechtliche Ungleichbehandlung von Reichsbürgern fallen und stimmten dem neuen Entwurf des ›Sozialistengesetzes‹ zu. Die einzige Einschränkung, die sie erreichen konnten, betraf die Geltungsdauer des ›Sozialistengesetzes‹ auf zweieinhalb Jahre. Das ›Sozialistengesetz‹ wurde am 21. Oktober 1878 mit 221 Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen gegen 149 Stimmen der Linksliberalen, des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen und bis zum Sommer 1890 regelmäßig verlängert.

Mit seinen 30 Paragraphen legitimierte und organisierte das ›Sozialistengesetz‹ die antisozialistische Verbotspraxis für zwölf Jahre:

- Mit einem elastischen Gummiparagrafen gab Art. 1 den Landespolizeibehörden einen extrem weiten Spielraum, Sozialdemokraten als solche zu definieren und zu verfolgen. Unter Strafe gestellt wurden sämtliche »sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen«, die »den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung« bezweckten und die den »öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen« gefährdeten. Darunter fielen sämtliche Parteigliederungen, Genossenschaften und Hilfskassen im Reich (Art. 2), selbstständige Kassenvereine (Art. 3), besonders aber jegliche Druckschriften, das hieß die gesamte Presse der Arbeiterbewegung (Art. 11 bis Art. 15).
- Die Strafmaße waren empfindlich, wenn auch nicht totalitär. Mitgliedern der SAPD, wie die Partei zwischen dem Gothaer Vereinigungsparteitag 1875 und 1890 hieß, wurden Geldstrafen bis zu 500 Mark oder Gefängnis bis zu drei Monaten angedroht (Art. 17). Noch schärfere Strafen galten für die Sympathisanten, die Räumlichkeiten boten (Art. 18), insbesondere »Gastwirte, Schankwirte und mit Branntwein oder Spiritus Kleinhandel treibende Personen, Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare und Inhaber von Lesekabinetten« (Art. 23). Die Höchststrafen, für viele Staatsanwälte das Normalmaß, waren 1.000 Mark Geldstrafe oder sechs Monate Gefängnis. Diese Bestimmungen sollten die Sozialdemokraten vom Rest der Gesellschaft völlig isolieren.
- Das ›Sozialistengesetz‹ legitimierte nicht nur Rechtsungleichheit, es schuf auch faktisch rechtsfreie Räume. Art. 28 gab Bezirken und Ortschaften, die ihre öffentliche Sicherheit durch Sozialdemokraten gefährdet sahen, die Möglichkeit an die Hand, den »Kleinen Belagerungszustand« zu verhängen und somit missliebige Personen auszuweisen. Bis 1887 war dies in sechs Gebieten der Fall: in Berlin (1878), Hamburg und Altona (Oktober 1880), Leipzig (Juni 1881), Spremberg (Mai 1886), Frankfurt am Main und Offenbach (Dezember 1886 respektive Februar 1887) sowie in Stettin (Februar 1887). Insgesamt wurden 797 Personen ausgewiesen, darunter zwei Frauen, der jüngste betroffene Sozialdemokrat war unter 18 Jahre, der älteste knapp 65 Jahre alt.
- Die Ausführung des ›Sozialistengesetzes‹ lag in der Hand der Landespolizeibehörden und ihrer Organe, vor allen Dingen aber bei den Staatsanwaltschaften der Bundesstaaten und ihrer Kommunen (Art. 6, Art. 8, Art. 10). Dass das Reich nicht über eine eigene Verbotsorganisation verfügte, sondern sich verfassungsgemäß der Länderinstitutionen bediente, stärkte die föderale Ordnung des Reichs unter antisozialistischen und antidemokratischen Vorzeichen. Mehrere Landesbehörden aus den 1866 unterlegenen Staaten wie Sachsen überboten sich geradezu in der akribischen Umsetzung und Verfeinerung des ›Sozialistengesetzes‹.
- Nicht angetastet wurden die sozialdemokratischen Reichstagsmandate. Auch wenn die Partei und ihre Untergliederungen verboten waren, so konnten Einzelpersonen doch für den Reichstag kandidieren und sich dort als Fraktion organisieren. Der Abdruck sozialdemokratischer Reichstagsreden in Flugschriften gehörte zu den wenigen Möglichkeiten für Sozialdemokraten, politisch in die Öffentlichkeit zu wirken, fielen sie doch unter das Parlamentsrecht.

Reichs-Gesetzblatt.

N^o 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 331.

(Rr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Bereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Daselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 der §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

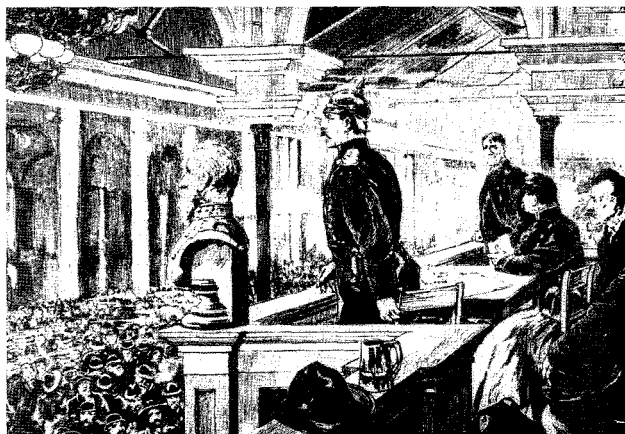
Auf eingeschriebene Hülfsklassen findet im gleichen Falle der §. 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfsklassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

§. 3.

Selbständige Klassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des Reichs-Gesetzbl. 1878.

67

Ausgegeben zu Berlin den 22. Oktober 1878.



Bildung 1:
us »Sozialistengesetz«
bibliothek der FES)

Bildung 2:
n Polizist löst eine legale
beiterversammlung auf,
ca 1877 (Rechteinhaber nicht
mittelbar)

Das »Sozialistengesetz« verfolgte nicht nur das Ziel, die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung auf Dauer zu zerstören. Wiederholt ist darauf hingewiesen worden, dass Bismarck nach dem Juni 1878 die Attentatshysterie schürte, um die Nationalliberalen ebenfalls zu schwächen, was ihm bereits bei der Reichstagswahl 1878 gelang. Wenig später spaltete sich die sogenannte Sezession von den Nationalliberalen ab. Seit 1879 war der »Zerfall des Liberalismus« offensichtlich, zumal die Nationalliberalen zwei liberale Grundsätze aufgegeben hatten: die Freihandelspolitik durch den gleichzeitigen Übergang zu den Schutzzollgesetzen und die Rechtsgleichheit durch die antisozialistische Ausnahmegesetzgebung. Auch das Zugeständnis der Befristung auf zweieinhalb Jahre änderte daran nichts, da das »Sozialistengesetz« jederzeit Straftatbestände erzeugen konnte, die sich als Gegenstand politischer Hysterie eigneten. Dies geschah fortlaufend bis 1890. Außerdem bot der offensiv vorgetragene Antisozialismus eine Rhetorik und Praxis an, bei der sich Reich und Bundesstaaten begegneten, und die Bundesstaaten sich wechselseitig im Wettbewerb überbieten konnten. Auf Reichsebene beschlossen lag der Schwerpunkt der Sozialistenverfolgung in den Bundesstaaten und dort vor allem bei den Kommunen wie Berlin, Leipzig, Frankfurt am Main oder Hamburg. Damit stand auch die Integration der nationalen Gemeinschaft von der Kommune bis zum Reich unter antisozialistischem Vorzeichen.

Umfangreiche Spitzelberichte, die auf der kommunalen Ebene durch Polizisten und Denunzianten geliefert wurden, belegen die antisozialistische Energie und den politischen Furor, mit dem öffentliche Stellen den »Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie« führten, selbst dann noch, als das »Sozialistengesetz« ausgelaufen war. In diesen Jahren entstand die »Politische Polizei« zur Bespitzelung von Sozialdemokraten. Bis in die belanglosesten alltäglichen Gewohnheiten der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der ehemaligen Parteiführung und ihrer Sympathisanten hinein wusste die Polizei Bescheid. Zum Zusammenstoß kam es immer dann, wenn Sozialdemokraten Versammlungsformen wählten, die nicht der behördlichen Anzeige- und Genehmigungspflicht unterlagen. Dazu zählten in erster Linie demonstrative Leichenbegängnisse beim Tod prominenter Sozialdemokraten. In einem Zirkularerlass an die Osnabrücker Landdrostei stellte der preußische Innenminister am 13. Mai 1885 daher fest: »Der demonstrative Charakter eines Leichenbegängnisses liegt dann vor, wenn als dessen Zweck die öffentliche Bekundung der sozialdemokratischen Gesinnung angesehen werden muss. Es empfiehlt sich, derartige Demonstrationen vordringlich zu verbieten beziehungsweise in ihrer ersten Entwicklung zu verhindern, da ein polizeiliches Einschreiten, wenn ein öffentlicher Aufzug bereits im Gange ist, mit Schwierigkeiten verknüpft ist und leicht zu bedauerlichen Folgen führen kann.«¹

Daneben suchten Sozialdemokraten weitere unverfängliche Assoziationsformen wie Kleingärtner-, Geselligkeits- und Bildungsvereine. In Kiel entstand so der Verein »Teutonia«. In Gaarden gründeten Sozialdemokraten bereits zwei Tage vor Inkrafttreten des »Sozialistengesetzes« den Verein »Frohsinn«. Sie gaben zur Tarnung Bälle, spielten Theater und unternahmen Fahrten ins Grüne. Auch in Wilhelmshaven existierte – ein Beispiel von vielen – eine Tarnorganisation in Gestalt des Gesangsvereins »Frohsinn«. Damit aber zogen Sozialdemokraten die investigative Energie der Staatsmacht nur auf immer neue Formen der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation.

Aufgrund des »Sozialistengesetzes« wurden unter lautem öffentlichen Trommelwirbel rund 330 sozialdemokratische Vereine verboten, 1.000 Druckschriften beschlagnahmt, 1.500 Jahre Straftaft verhängt und insgesamt 1.900 Sozialdemokraten ausgewiesen. Rückzugsräume waren in erster Linie England und die Schweiz, wo 1880 der erste Exil-Parteitag in Schloss Wyden stattfand. Das »Sozialistengesetz« zielte auf die Handlungsmöglichkeiten der deutschen Sozialdemokratie als Partei und nahm dafür individuelle Biografien gleichsam in Geiselschaft. An diesen Märtyrergeschichten ranken sich die sozialdemokratischen Gründungsmythen aus der Zeit des »Sozialistengesetzes« empor. Tatsächlich aber gab es große zeitliche und regionale Unterschiede sowie solche zwischen Partei und Gewerkschaften. Die Jahre des »Sozialistengesetzes« waren keineswegs ein homogener Block von Einheit oder Widerstand, wie sie von der nationalen, aber auch von der sozialdemokratischen Propaganda gepriesen wurden.

In der Ausführung und Umsetzung des »Sozialistengesetzes« kann regional von einem Nord-Süd-Gefälle gesprochen werden. Besonders scharf wurde das »Sozialistengesetz« in Preußen und hier in Städten wie Berlin umgesetzt, wo der Staatsanwalt Hermann Tessendorf gegen die Sozialdemokraten wütete, was so weit führte, dass Nationalliberale und Fortschrittler, die für das »Sozialistengesetz« gestimmt hatten, wie Eduard Lasker und Ludwig Loewe, in ihren Fraktionen für die Ausgewiesenen sammelten. Das galt auch für das Königreich Sachsen, das seine antisozialistische Solidarität mit dem nördlichen Nachbarn zum einen dazu nutzte, die Sozialdemokratie in ihrem Stammland zu treffen, zum anderen aber um den eigenen nationalen Sinn unter Beweis zu stellen. Demgegenüber war die Verfolgungspraxis in Württemberg und Baden insgesamt weniger

¹ Reinhard Wilms, Politische Polizei und Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich. Zur Tätigkeit der politischen Polizei in der Provinz Hannover von der Zeit der Reichsgründung bis zum Ende des Sozialistengesetzes 1871–1890, Frankfurt am Main 1992, S. 163.

rigide. In Württemberg hielt die Regierung an der Pressefreiheit fest, sodass sich in Stuttgart bevorzugt linke Zeitungsverlage ansiedelten. Auch dies blieb nicht ohne Folgen. Die besonders scharfe Handhabung des »Sozialistengesetzes« in Preußen begünstigte dort langfristig eine Ideologisierung der Sozialdemokratie, während in der süddeutschen Arbeiterbewegung die Vertreter der Reformpolitik eher die Oberhand gewannen.

Auch zeitlich gab es Unterschiede. In allen Bundesstaaten wurde das »Sozialistengesetz« bis zur Reichstagswahl von 1881 genau umgesetzt. Als die Reichstagswahlen von 1881 immer noch 6,1% abgegebene sozialdemokratische Stimmen (zwölf Mandate gegenüber neun in 1878) ergaben, wurde deutlich, dass eine einfache Repressionspraxis die Sozialdemokratie nicht zum Verschwinden bringen würde. Württemberg und Baden gingen daraufhin zu einer milderen Praxis über. Beim vierten Verlängerungsantrag Preußens, der weitergehende Maßnahmen zur Ausweisung und Expatriierung von Sozialdemokraten enthielt, äußerte die Stuttgarter Regierung Bedenken und wies ihren Bevollmächtigten im Bundesrat an, eine abwartende Haltung einzunehmen. Auch Bayern teilte diese Bedenken. Zwar billigte der Bundesrat im Dezember 1887 die Verschärfung des »Sozialistengesetzes« noch einmal, der Reichstag verweigerte anschließend jedoch seine Zustimmung zur Verschärfung und verlängerte lediglich die bestehenden Bestimmungen um zwei Jahre. Bismarcks Politik der antisozialistischen Eskalation war damit an eine Grenze geraten, noch bevor Kaiser Wilhelm II. 1888 die politische Bühne betreten hatte.

Nach den ausbleibenden Erfolgen des »Sozialistengesetzes« 1881 setzte Bismarck auf eine Politik des »Zuckerbrots und der Peitsche«, indem er in den 1880er Jahren die Sozialgesetzgebung forcierte, um die Arbeiter dem Staat anzunähern. Die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 zielte entsprechend auf ein deutsches Sozialversicherungssystem mit den drei Säulen der gesetzlichen Krankenversicherung (1883), der Unfallversicherung (1884) und der Rentenversicherung (1889). Langfristig gesehen war gerade diese Verbindung von Repression und Wohlfahrtsstaat besonders wirksam, weil sie für die Sozialdemokratie in erster Linie den Staat zum Adressaten der Politik machte: sei es im Widerspruch, sei es im Anspruch.

Während die sozialdemokratische Parteiorganisation in die Illegalität im Ausland und die Konspiration ihrer Kommunikationswege gedrängt wurde, gestaltete sich dies bei den Gewerkschaften anders. Zwar wurden auch sie verboten, wozu unter anderem der deutsche Tabakarbeiterverein mit Sitz in Berlin (8.100 Mitglieder), der deutsche Buchdrucker-Verband mit Sitz in Leipzig (5.500 Mitglieder) oder der »Bund der Tischler und verwandte Berufe« mit Sitz in Mannheim (5.100 Mitglieder) gehörte. Der Organisationswille der Arbeiterbewegung, verstärkt durch Bébels Appell auf dem Wydener Parteitag von 1880, sich zu organisieren, gleichgültig wie, Organisation überall, bis in den entlegensten Ort, betraf in erster Linie die Gewerkschaften. Sie fanden nach 1881 dafür zwei Wege: Mit »Freien Hilfskassen« konnten sie zum einen dem Verbot entgehen, weil diese durch das Hilfskassengesetz von 1876 legalisiert worden waren. Während also zum Beispiel der Bund der Tischler verboten wurde, blieb die »Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler Deutschlands« weiter bestehen. Sie wurde – ein Beispiel von vielen – mit der neu gegründeten »Neuen Tischler-Zeitung« zum Ausgangspunkt für die Wiederorganisation der Gewerkschaftstätigkeit. Zum anderen entsprach es Bismarcks Absicht, die Arbeiter mittels der Sozialgesetzgebung an den Staat heranzuführen und lokale Fachvereine zuzulassen. An zahlreichen Orten entstanden daraufhin »Vereine zur Wahrung der Interessen von ...«, die um lokale Stammtische, Werkstätten oder Fabriken, Gesellenverbindungen oder Unterstützungskassen herum aufgebaut waren. Allein in Stuttgart wurden zwischen 1880 und 1885 elf solcher Vereine gegründet. Gleichwohl



Abbildung 3:
**Der Streik, Gemälde von
Robert Koehler, 1886**
(DHM, Berlin)

wurden auch diese wie die Hilfskassen polizeilich observiert. Insgesamt zielte die politische Stoßrichtung des ›Sozialistengesetzes‹ in erster Linie auf die Partei, weniger stark dagegen auf die Gewerkschaften. Die Fachvereinsbewegung sollte aus politischer Sicht so etwas wie eine Alternative zur Sozialdemokratie darstellen. Dies war der Kern der »milden Praxis« Mitte der 1880er Jahre. So kam es, dass Ende 1884 wieder 13 Zentralverbände der Fachvereine existierten. Im Jahr darauf gab es sogar mehr Zentralverbände als vor dem ›Sozialistengesetz‹. Die Fachblätter der Fachvereine erhielten die Kommunikation unter den Mitgliedern der Gewerkschaften ebenso aufrecht, wie der illegal aus Zürich vertriebene »Sozialdemokrat« als Ersatz des verbotenen »Vorwärts« die Informationsströme in der Partei am Leben erhielt. Als der preußische Innenminister Robert von Puttkamer 1886 mit seinem Streikerlass hier massiv eingriff, konnte er zwar die Streikaktivitäten behindern, nicht jedoch das Wachstum der Gewerkschaften. Dies wirkte sich letztlich auch auf die Streiks aus, was in der großen Streikwelle zwischen Januar 1889 und April 1890 mit 1.100 Streiks und insgesamt 400.000 Streikenden offensichtlich wurde. Beim Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet vom Mai 1889 streikten über 90.000 Arbeiter. Es war der größte Streik des 19. Jahrhunderts.

Es gelang den Landespolizeibehörden nicht, einen Keil zwischen die Fachvereine und die Sozialdemokratie zu treiben. Damit hatte sich aber auch das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der SPD eindeutig geklärt: Soziale Interessenvertretung und politische Vertretung bedingten einander. Gewerkschaften und Sozialdemokratie gingen insgesamt gestärkt aus der Ära des ›Sozialistengesetzes‹ hervor. 56.000 Gewerkschaftern im Jahr 1878 standen knapp 300.000 zum Ende des ›Sozialistengesetzes‹ gegenüber. Im gleichen Jahr verdoppelte sich der sozialdemokratische Stimmenanteil bei der Reichstagswahl auf knapp 20%. Sie gewannen 35 Mandate gegenüber elf bei der Wahl 1887.

Die langfristigen Auswirkungen des ›Sozialistengesetzes‹ auf Partei und Gesellschaft können kaum überschätzt werden. Gesellschaftlich verfestigte die Ära des ›Sozialistengesetzes‹ die politisch-kulturellen Grenzen zwischen den Lagern auf lange Sicht. Der Antisozialismus hatte sich in die Raison d'Être des Reichsnationalismus eingeschrieben. Die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften antworteten darauf mit dem Ausbau einer eigenen tief gestaffelten und weitreichenden Subkultur aus politischer Vertretung, Gewerkschaften, Konsumvereinen und Kulturorganisationen. Langfristig ist jedoch unverkennbar, dass der Wille zur Anerkennung als gleichberechtigte Deutsche gerade unter Angehörigen der SPD, wie sie seit 1890 hieß, besonders stark war. Auch dies erklärt den kompensatorischen Nationalismus der Sozialdemokratie 1914, als sie sich am Beginn des Ersten Weltkriegs von niemandem in der Treue zum Vaterland übertreffen lassen wollte.

Literaturhinweise:

Heidi Beutin/Wolfgang Beutin/
Holger Malterer u.a. (Hrsg.),
125 Jahre Sozialistengesetz.
Beiträge der öffentlichen
wissenschaftlichen Konferenz
vom 28. bis 30. November 2003
in Kiel, Frankfurt am Main/Berlin
etc. 2004.

Richard J. Evans (Hrsg.),
Kneipengespräche im Kaiserreich.
Stimmungsberichte der
Hamburger Politischen Polizei
1892–1914, Reinbek 1989.

Reinhard Wilms, Politische
Polizei und Sozialdemokratie
im deutschen Kaiserreich.
Zur Tätigkeit der politischen
Polizei in der Provinz Hannover
von der Zeit der Reichsgründung
bis zum Ende des
Sozialistengesetzes 1871–1890,
Frankfurt am Main 1992.

